

B E S C H L U S S
zur Landesversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte
am 02.03.2024 in Neumünster

Antragsteller: Bezirksgruppe Süd, Landesvorstand

Kurztext: Niederlassung möglich machen

Auswirkungen auf den Haushalt
(unmittelbar erkennbar): keine

Wortlaut des Antrages:

Die Landesversammlung Schleswig-Holstein des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte fordert alle politisch Verantwortlichen dazu auf, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Niederlassung in freier Praxis auch zukünftig ermöglichen.

Begründung:

Der Vorstoß von Sachsen-Anhalts Gesundheitsministerin Petra Grimm-Benne (SPD), wegen des drohenden Zahnärztemangels in ländlichen Regionen Zulassungsbeschränkungen einführen zu wollen, ist ein gesundheitspolitischer Offenbarungseid.

Die im Jahr 2007 von der Zahnärzteschaft durchgesetzte Niederlassungsfreiheit ist die Grundlage der flächendeckenden, wohnortnahen und hochqualitativen zahnärztlichen Versorgung. Bestrebungen, wegen der verschlechterten Rahmenbedingungen die Niederlassungsregulierung durch den Staat wieder einzuführen, lösen die Versorgungsprobleme nicht, sondern verwalten sie lediglich.

Eine medizinisch und ökonomisch vernünftige Lösung der Probleme ist nur durch eine deutliche Verbesserung der Rahmenbedingungen bei Niederlassung und Berufsausübung zu erreichen.